

Exklusiv: Alte Dokumente belegen jahrzehntelanges Verdrängen und Abwiegeln

Codename »Spaten« – Giftgas in der Flensburger Förde

► Seite 7

Sturmflut 1962

Tod durch Desinteresse

► Seite 11

»Costa-Concordia«-Havarie

Käfig-Haltung mit Risiken

► Seite 19

UNEP propagiert Meeresausbeutung

Neptuns Füllhorn?

► Seite 26

Grundwasserstreit in Wacken (VII)

Bauern gegen BAYER

► Seite 29

Impressum

HERAUSGEBER

Förderkreis WATERKANT e. V.

SITZ DES VEREINS

D-48282 Emsdetten, Grevener Damm 97

BANKVERBINDUNG + SPENDENKONTO

Ostfriesische Volksbank eG

BLZ: 285 900 75

Konto: 410 200 3000

VERANTWORTL. I. SINNE DES LPG-NRW § 8 II

Burkhard Ilschner, D-27628 Sandstedt

KONTAKTANSCHRIFT

Redaktion WATERKANT

Offenwardener Straße 6

D-27628 Sandstedt

Tel.: 0 47 02 / 92 00 94 (bitte vormittags)

Fax: 0 47 02 / 92 00 93

E-Mail: buero@waterkant.info

Internet: www.waterkant.info

SATZ, LAYOUT & ABOVERWALTUNG

okay druckbetreuung, Volkmar Kayser

Kirchringstraße 2/12

D-26736 Krummhörn-Loquard

Tel.: 0 49 27 / 187 97 75

Fax: 0 49 27 / 187 97 78

E-Mail: abo@waterkant.info

DRUCK

Saxoprint GmbH, 01277 Dresden

BEZUG

Einzelpreis 14,00 Euro zzgl. Versand.

Jahresabonnement 50,00 Euro inkl. Versand.

Schüler, Studenten, Azubis, Hartz-IV-Empfänger die Hälfte.

Für Mitglieder des Fördervereins ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

COPYRIGHT ETC.

© Alle Rechte vorbehalten, dies gilt insbesondere für Nachdruck, Kopie, Verleih, Übertragung auf elektronische Speichermedien, Internet-Einsatz. Jede öffentliche Nutzung und Verbreitung ist nur nach vorheriger Absprache mit und Erlaubnis durch Herausgeber oder Redaktion gestattet.

Sämtliche Inhalte stehen ausschließlich zum privaten oder nichtkommerziellen Gebrauch zur Verfügung. Jede gewerbliche Nutzung der Inhalte ist unzulässig.

Alle Rechte am Titel WATERKANT inkl. Untertitel »Umwelt + Mensch + Arbeit in der Nordseeregion« bei Burkhard Ilschner, D-27628 Sandstedt.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Beiträge wird keine Gewähr übernommen, Rücksendung erfolgt nur, wenn Rückporto beigelegt ist.

Unser Druckpartner:



Inhaltsverzeichnis

STEFAN NEHRING

Alte Dokumente belegen jahrzehntelanges Verdrängen und Abwiegeln

Codename »Spaten« – Giftgas in der Flensburger Förde Seite 7

FOTO: GERHARD PIETSCH / WIKIPEDIA



KLAUS BAUMGARDT

Die größten Schäden, die meisten Opfer – Rückblick auf die Sturmflut 1962 in Hamburg

Tod durch Desinteresse Seite 11

50 Jahre ist es her, dass eine schwere Sturmflut Hamburg 60 Deichbrüche, 150 Quadratkilometer überschwemmtes Land und 315 Tote brachte. Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen hatten »nur« 28 Todesopfer zu beklagen waren. Was waren die Ursachen für diesen unterschiedlichen Verlauf der Katastrophe?

HERBERT NIX

Niedersachsen noch dagegen? – Schleswig-Holstein schon dafür!

Geplante Elbvertiefung: Wann, wie, warum, wie teuer... Seite 15

Weservertiefung

Böhrnsen macht Druck Seite 16

MANFRED BRAASCH

Mühlenberger Loch: Ausgleichsmaßnahmen auch nach zwölf Jahren unvollständig

Jetzt braucht es Druck aus Brüssel Seite 17

KLAUS-RÜDIGER RICHTER

Die Havarie der »Costa Concordia« erfordert eine kritische Prüfung des Kreuzfahrt-Booms

Käfig-Haltung mit Risiken Seite 19

PEER JANSSEN

Der geplante JadeWeserPort wird zum regionalen Dauerskandal – Ende offen

»Maximale Sicherheit, dauerhafte Beständigkeit«. Seite 22

EIKE NARRINGA

SkySails droht mit Schiffsdrachen zu scheitern und schwärmt von »Drachen-Kraftwerken«

Hochfliegende Pläne, hoch subventioniert Seite 23

©: UNEP



BURKHARD ILSCHNER

UN-Umweltexperten propagieren »grün« getünchte Ausbeutung der Meere

Nur ein Füllhorn für Profite? Seite 26

Aus meeresschützerischer Sicht ist der UNEP-Report als politischer Affront zu sehen, weil er Schwächen und Folgen bisherigen Wirtschaftens nur beschreibt, ohne nach Hintergründen und Verursachern zu fragen; klar, dass er mangels richtiger Fragestellungen keine Antworten bietet, die diesen Namen verdienen. Aber das ist nicht alles.

THOMAS KLEINEIDAM

Bauern oder BAYER AG – wem gehört das Grundwasser? (Teil VII)

Wacken-Urteil: »Denklogik« im Namen des Volkes Seite 29

SUSANNE BAREISS-GÜLZOW

CO₂-Abscheidung ist trotz erfolgreichen Widerstands hierzulande noch lange nicht erledigt

Durch CCS winken satte Gewinne in Export und Ölförderung. Seite 32

düt und dat vunne Waterkant Seite 4-6

Rezension Seite 18

Bestellschein und Register. Seite 35

Titelfoto:

Riesige Mengen Giftgasmunition warten auf ihre Entsorgung im Meer.

COPYRIGHT: STEFAN NEHRING

Alte Dokumente belegen jahrzehntelanges Verdrängen und Abwiegeln

Codename »Spaten« – Giftgas in der Flensburger Förde

VON STEFAN NEHRING*

Die von der Bund-Länder-AG »Munitionsaltlasten im Meer« beauftragten Gutachter hatten

Ende 2011 noch Beruhigungspillen verteilt:

Kampfstoffmunition im Bereich der Küstengewässer spielte keine Rolle (1), »trotz anderslautender Hinweise in den Medien«.

Eine fatale

Fehleinschätzung, da Medien oft auf das Wissen

von Experten zurückgreifen: Nicht nur in der

Lübecker Bucht (2) und vor Helgoland (3), auch

in der Flensburger Förde besteht Giftgasgefahr.

30. März 1945: Das Dritte Reich steht kurz vor dem Zusammenbruch. Riesige Mengen chemischer Waffen lagern im Reichsgebiet. Um dem Feind keinen Zugriff auf besonders gefährliche Kampfstoffe (Adamsit, Phosgen, Sarin, Senfgas, Tabun) zu ermöglichen, befiehlt Wilhelm Keitel, Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, den Abtransport. Mitte April 1945, unter dem wachsenden Druck der alliierten Armeen, präzisiert Keitel diesen Befehl und ordnet an, das Giftgas »seewärts abzufahren«.

Bis heute ist ungeklärt, wie oft dieser Befehl befolgt worden ist – mit zwei Ausnahmen: So belud wenige Tage vor der Kapitulation ein militärisches Arbeitskommando in Flensburg mehrere Frachter mit Gasmunition aus Güterwaggons. Am südlichen Ausgang des Kleinen Belts, sechs Seemeilen vor der Flensburger Förde, sollte die tödliche Last über Bord geworfen werden. An denselben Tagen verließen den Kieler Hafen mit gleichem Ziel auch eine Rheinschute und ein Leichter, vollgepackt mit Gasgranaten. Beide Schiffe wurden kurz vor dem Kleinen Belt in dreißig Metern Tiefe auf Grund gesetzt.

Im Frühjahr 1954 wurde die Schute durch die Wracksuchgruppe des damaligen Deutschen Hydrographischen Instituts, Vorläufer des heutigen Bundesamtes für Seeschifffahrt und Hydrographie, zufällig entdeckt. Prompt begannen Schrottfischer mit der kommerziellen Verwertung der Munitionsladung, was aber durch den unerwarteten Fund von Tabungranaten umgehend untersagt wurde. 1956 wurde in direkter Nähe auch der Leichter gefunden.

Trotz der erkannten großen Gefahr für die Bevölkerung stritten sich das Land

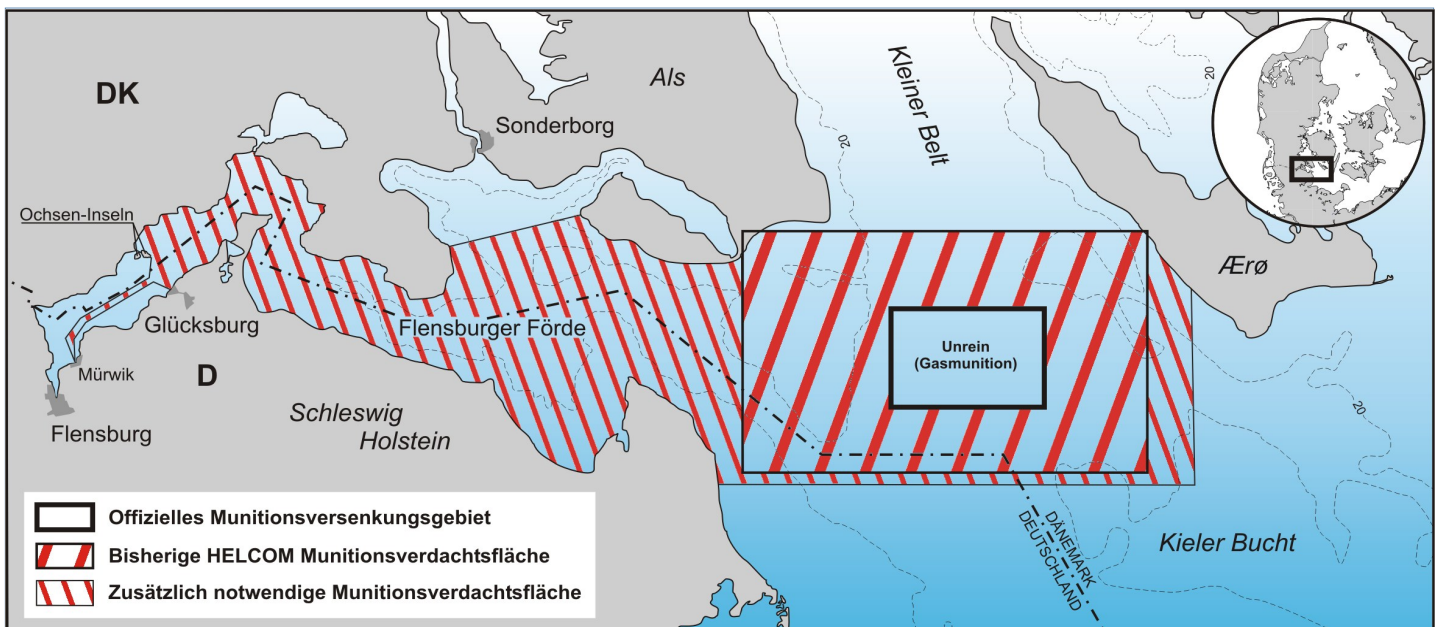
Schleswig-Holstein und die damalige Bundesregierung lange über die Kosten der notwendigen Bergung der Chemiewaffen. Erst 1958 sicherte der Bundesfinanzminister eine Kostenübernahme zu. 1960 war es dann endlich soweit. Rund 69.000 scharfe Tabun-Granaten wurden aus den Wracks geborgen und, um die Kosten für eine umweltgerechte Entsorgung an Land zu sparen, in 3371 Fässern einzementiert und heimlich in der Biskaya entsorgt (2).

Kurze Zeit später, im Frühjahr 1961, wollten es die Abgeordneten des Kieler Landtags genauer wissen und fragten, ob noch weitere Schiffe mit Gasgranaten vor der schleswig-holsteinischen Küste liegen. Das Kieler Innenministerium verneinte, soweit es deutsche Hoheitsgewässer betraf. Allerdings würde aus aktuellen Zeugenaussagen hervorgehen, dass kurz vor Kriegsende mehrere tausend Tonnen Munition unter deutscher Regie wahllos südlich des Kleinen Belts nahe der dänischen Küste versenkt worden seien. Neben V1-Waffen soll es sich dabei auch um Gasmunition gehandelt haben.

Das Auswärtige Amt hielt eine beschleunigte Unterrichtung der dänischen Regierung über diese neuen Erkenntnisse für notwendig. Jedoch diskutierten involvierte Ministerien fast ein halbes Jahr über das Für und Wider, bis eine entsprechende Verbalnote an die Königlich Dänische Botschaft übermittelt wurde. Auch die deutsche Fischerei sollte lange Zeit nicht direkt über diese tödlichen Gefahren informiert werden. Argumentiert wurde mit der (unbewiesenen) Behauptung, die versenkte Munition sei

Munitionsbelastete Flächen inner- und außerhalb der Flensburger Förde.

COPYRIGHT: STEFAN NEHRING





Giftgasverladung: Gasmasken waren Pflicht!

COPYRIGHT: STEFAN NEHRING

zum größten Teil in den dort lagernden weichen Schlamm vollständig eingesunken, so dass ein zufälliges Auffischen unwahrscheinlich sei. Zudem gab 1963 das Bundesverkehrsministerium zu bedenken, dass durch eine entsprechende Eintragung auf Seekarten »möglicherweise das Interesse, hier Munition zu fischen, erneut geweckt werden würde. Auch haben sich östliche Stellen an dem Erhalt von Tabun- oder Sarin-Gas interessiert gezeigt.«

Erst fünf Jahre später gelangte das Thema »Giftgas südlich des Kleinen Belts« wieder auf die behördliche Tagesordnung, ausgelöst durch eine Anfrage des Militärattachés der Königlich Dänischen Botschaft, in der um Auskünfte über Giftgasversenkungen in der Ostsee gebeten wurde. Korvettenkapitän Kurt Jäckel vom Führungsstab der Bundesmarine wurde beauftragt, alle vorhandenen Erkenntnisse zusammenzutragen und zu bewerten. Am 5. Dezember 1969 legte Jäckel seinen Untersuchungsbericht vor (4).

Darin stellte er unter anderem fest, dass »ca. 5000 t Gasmunition und ca. 600 t V1-Geschosse von 3 Schiffen in 7 Fahrten« vor dem Südausgang Kleiner Belt versenkt worden seien. Grundlage dieser präzisen Angaben waren die schon im Mai 1961 festgehaltenen Zeugenaussagen des Kapitäns eines der beteiligten Schiffe sowie eines Lotsen, der drei Versenkungsfahrten begleitet hatte. Der Kapitän, schreibt Jäckel,

habe in einer persönlichen Erklärung zudem zu Protokoll gegeben: »Die Granaten wurden von Hand über Bord geworfen und die Bomben in den Kisten aus dem Laderaum gehievt und über die Reling gekippt. Da die Kisten ziemlich wasserdicht waren, trieben sie noch längere Zeit an der Oberfläche.« So verwundert es auch nicht, dass 14 Jahre später, 1959, eine dieser 250 Kilogramm schweren Gasbomben bis an den Strand der dänischen Insel Ærø gelangte, wo sie umgehend gesprengt wurde.

Jäckel führte weiter aus, dass nach Aktenlage die Gasmunition und die V1-Waffen noch im Versenkungsgebiet lagerten. Ungeklärt sei jedoch, um welche Arten von Gasmunition es sich handle. Auch sei es nicht nachvollziehbar, warum bisher von einer Kennzeichnung des Versenkungsgebiets in den Seekarten Abstand genommen worden sei. Jäckel schloss seinen Bericht mit der Forderung: »Um jede von der versenkten Kampfstoffmunition noch heute ausgehende Gefahr beurteilen und sie ggf. verneinen zu können, sollte auch hier eine Untersuchung durchgeführt werden.«

Die Forderung zeigte Wirkung. Das Bundesverteidigungsministerium verfügte umgehend strikte Sicherheitsmaßnahmen für den Übungsbetrieb der Marine südlich des Kleinen Belts. In einem Fernsehinterview am 31. Juli 1970 teilte der damalige Bundesverkehrsminister Georg Leber (SPD) mit, dass er beim Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) persönlich die Zuweisung

eines Betrages von 100.000 D-Mark aus Haushaltsmitteln erwirkt habe, mit dem die Untersuchung von Munitionsversenkungsstellen finanziert werden solle.

Ressortübergreifend wurden die magnetische Vermessung und eine munitionstechnische Untersuchung des Gebiets südlich des Kleinen Belts beschlossen. Schon im Oktober 1970 lagen erste Ergebnisse vor: Elf Gebiete zeigten größere und 40 Stellen geringere erdmagnetische Anomalien. Die größeren Störungen wurden mit Wrackteilen, versenktem Schrott oder Munition in Verbindung gebracht. Die Mächtigkeit des Schlicks in dem Gebiet der erkannten Störungen schwankte zwischen null und mehr als acht Metern. Ein ehemaliger Militärchemiker der Wehrmacht äußerte die Vermutung, dass neben Tabun auch Senfgas im Verdachtsgebiet versenkt worden sein könnte.

Zur Klärung der Gefahrenlage wurde umgehend die Kieler Munitionsräumgruppe in Marsch gesetzt, um im Bereich der größeren Anomalien Wasser- und Sedimentproben zu entnehmen und die Bergung von einzelnen Munitionskörpern durchzuführen. Die Analyse der entnommenen Proben auf Kampfstoffe zeigte keine Auffälligkeiten. Bei den zwischen Januar 1971 und Frühjahr 1972 insgesamt angehobenen und dann einfach wieder außenbords fallen gelassenen 36 Bomben und 27 Granaten waren nur die Bomben größtenteils schon durchgerostet und leer. Taucher stellten jedoch damals gleichzeitig fest, dass viele Bomben noch in Kisten verstreut lagen und nur wenig im schlackigen Grund eingesunken waren.

Im März 1971 wurden jedoch zumindest zwei Bomben und drei Granaten auch geborgen und durch die Bundeswehr einer eingehenden Untersuchung unterzogen. Die Laboranalysen zeigten, dass beide Bomben scharf, aber durchgerostet und kampfstofffrei waren, wobei zumindest für eine Bombe als ehemalige Füllsubstanz der Lungenkampfstoff Phosgen vermutet wurde. Bei den drei intakten Granaten handelte es sich eindeutig um scharfe Tabun-Geschosse. Mit Tabun war auch eine im März 1972 geborgene weitere Bombe gefüllt.

Die Nervosität stieg. Für das Bundesverteidigungsministerium war klar: Sollten Gefährdungen vorhanden sein, die den Übungsbetrieb der Marine in unerträglichem Maße einschränken könnten, müsste die Beseitigung der Munition gefordert werden. Für eine gutachtliche Bewertung sollten »nur streng sachliche Feststellungen und – soweit das möglich ist – unbestreitbare Aussagen«, jedoch keine politischen beziehungsweise wirtschaftlichen Aspekte ausschlaggebend sein.

Zu einer Beseitigung kam es bekanntermaßen bis heute nicht. Denn im Abschlussbericht

vom 23. Februar 1973 zog die einberufene Expertengruppe das Fazit (5): »Von den im Versenkungsgebiet angehobenen Phosgenbomben geht keine Gefahr aus, da ein großer Teil dieser Bomben durch Korrosion zerstört ist und keinen Kampfstoff mehr enthält und sich im übrigen Phosgen durch Wassereinwirkung fast augenblicklich zersetzt. Tabun zersetzt sich ebenfalls durch Meerwasser. (...) Daher geht von der im Versenkungsgebiet lagernden Kampfstoffmunition weder eine Gefahr für die 5,8 sm bis 8 sm entfernten nächsten Küsten, noch eine Gefahr von den in diesen Meeresbereich gefangenen Fischen aus. Diese Schlussfolgerung wird dadurch bestärkt, dass 28 Jahre nach der Versenkung aus dem intensiv befischten Versenkungsgebiet keine Schadensfälle bekannt geworden sind.«

In dem Bericht wurde ergänzend noch betont: »Munition mit Lost (Senfgas oder Gelbkreuz) oder einem anderen Kampfstoff als Phosgen oder Tabun wurde nicht festgestellt.« Das stimmt, aber diese Aussage stützte sich nur auf fünf näher untersuchte Projektile von geschätzt rund 130.000 versenkten Bomben und Granaten. Die Expertengruppe empfahl daher auch, »in angemessenen Zeitabständen Wasserproben zur Analyse aufzunehmen und in angemessenen Jahresabständen einige Projektile anzuheben und zu begutachten, um über den weiteren Abbau der Kampfstoffinhalte einen Überblick zu erhalten.«

Diesen Empfehlungen folgte man nicht.

Sieben Jahre später beauftragte die damalige Bundesregierung aber die Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz, eine Neubewertung der südlich des Kleinen Belts versenkten Chemiewaffen durchzuführen. Am 8. Juli 1980 legten die Militärchemiker ihre gutachtliche Stellungnahme vor, die sich – neben Tabun und Phosgen – auch mit Senfgas befasste, da nach Ansicht der Autoren eine Versenkung dieser Kampfstoffgruppe zumindest an anderer Stelle nicht ausgeschlossen werden könne (6). Bei Tabun, Phosgen und Schwefelost (ein spezielles Senfgas) sei bei hinreichendem Abstand von der Küste – der im Fall des Versenkungsraums im südlichen Kleinen Belt mit zwölf Kilometern gegeben wäre – keine Gefährdung zu erwarten. Diese Aussage gelte jedoch nur für die unveränderten Kampfstoffe. Durch jahrzehntelange Lagerung könne es bei Tabun und Schwefelost zu Verharzungen gekommen sein, so dass intakte Kampfstoffanteile ähnlich wie beim Zähllost (mit Verdickungsmitteln behandeltes Schwefelost) langfristig gefährlich bleiben und gegebenenfalls über größere Strecken transportiert werden könnten.

Trotz dieser eindeutigen Hinweise auf eine verschärfte Gefahrenlage wird dieser bis heute

nicht Rechnung getragen. So zitieren die 2011 durch die Bund-Länder AG »Munitionsaltlasten im Meer« beauftragten Gutachter (1) überraschenderweise nur eine britische Literaturstudie mit den Worten: »Anfang der siebziger Jahre des letzten Jahrhunderts (...) wurden Tabun- und Phosgengranaten gefunden, von denen jedoch ein großer Teil bereits stark korrodiert war, sodass sie keinen Kampfstoff mehr enthielten.« Den Gutachtern scheint entgangen zu sein, dass

1. die britische Aussage in mehreren Details nicht stimmt und
2. dass es zudem eine Vielzahl von entsprechenden deutschen Originalgutachten und -unterlagen gibt, die die bisher offiziell geäußerten Thesen und Risiken zu den versenkten Chemiewaffen ins Wanken bringen.

Denn wenige Tage nach dem Fernsehinterview mit Minister Georg Leber schrieb ein ehemaliger Obergefreiter der Reichskriegsmarine an das Bundesverkehrsministerium. Er berichtete über die Flensburger Versenkungsaktion kurz vor Kriegsende: »Da laufend britische Aufklärungsflugzeuge erschienen, wurde schon bald die an Oberdeck lagernde, sichtbare Munition von Hand über Bord geworfen. Demnach liegt schon Gasmunition in der Flensburger Förde!« Der Augenzeuge führte weiter aus:



Senfgas verätzt innerhalb von Sekunden ungeschützte Haut.

COPYRIGHT: STEFAN NEHRING

»Es handelte sich um Granaten, (...) die grün angestrichen waren und einen gelben Ring hatten.« So kennzeichnete die Wehrmacht ihre Senfgasgranaten.

Das Bundesverkehrsministerium nahm sofort telefonischen Kontakt mit dem Briefschreiber auf. Der Soldat präziserte, »dass schon nach Passieren von Glücksburg beziehungsweise den (gegenüber auf dänischer Seite liegenden, Anm. d. Red.) Ochseninseln begonnen wurde,

die Munition während der Fahrt über Bord zu werfen. Etwa 200 Granaten können es gewesen sein.« Auch der noch einmal befragte Lotse bestätigte, dass schon auf der Fahrt zum Versenkungsort Munition über Bord geworfen worden sei. Wohl aus Angst vor Fliegerangriffen wurde anschließend auch das Versenkungsgebiet frühzeitig verlassen und auf dem Rückweg noch restliche Munition über Bord gebracht.

Diese Zeugenaussagen wurden umgehend an alle beteiligten Ministerien und Behörden übermittelt. Kurz zuvor, am 3. August 1970, hatte zudem ein Sprecher der Kampfstoffschule der dänischen Armee zu Unfällen südlich Kleiner Belt im deutschen Fernsehen erklärt: »Wir haben zwei Fälle gehabt, dass Fischer in diesem Gebiet Senfgasbehälter aufgefischt haben.«

Trotz dieser schon 1970 vorhandenen Belege wurde in den folgenden Jahren strikt an den zweifelhaften Behauptungen festgehalten: Kein Senfgas und keine Senfgasunfälle südlich des Kleinen Belts. Auch der Brief eines ehemaligen Logistikers der Wehrmacht vom 1. Oktober 1979, der nach eigener Aussage kurz vor Kriegsende den Transport von Senfgas und Tabun unter den Codenamen »Spaten« und »Meister« mit Güterzügen nach Flensburg organisiert hatte, verschwand in den Akten. Zudem gilt bis heute

die gesamte Flensburger Förde offiziell als kampfstofffrei.

Positiv überrascht, dass schon frühzeitig intern viele der geschönten Darstellungen handschriftlich mit Kommentaren wie »stimmt nicht!« versehen wurden. 1971 wurden sogar durch einen Ministerialen die verschiedenen offiziellen Aussagen als im Detail falsch, irreführend und als Bagatellisierung der bestehenden Gefahren bewertet. Trotzdem rückte man



Der schöne Blick vom Glücksburger Yachthafen zum dänischen Ufer trübt: Auch auf dem Grund der Flensburger Förde könnte Giftgas liegen.

FOTO: GABI HAMANN / PIXELIO

bis heute offiziell nie von der besonderen Sichtweise der Dinge ab. Im Gegensatz zu früher, als wesentliche Informationen eindeutig verheimlicht wurden, um die Gefahrenlage klein reden zu können, scheint heute bei den Behörden eher ein Nicht-Wissen über historische Einzelheiten, die sich tief vergraben in Archiven befinden, vorzuliegen.

Nichtsdestotrotz sollten die Behörden jetzt reagieren. Es gibt viel zu tun:

Kampfstoffe und speziell das besonders gefährliche Senfgas haben im Meer nichts zu suchen – das gilt insbesondere für Flachwasser und erst recht, wenn Ufer nur wenige hundert Meter entfernt sind. Kampfstoffe waren, sind und bleiben eine tödliche Gefahr.

Schifffahrt und Fischerei sollten daher besonders gewarnt, dänische Behörden informiert und das HELCOM-Sekretariat gebeten werden, die HELCOM-Munitionsverdachtsfläche (Risk Area), wie hier vorgeschlagen, zu erweitern.

Viele Detailfragen sind aber noch offen. Daher sollten unabhängige Experten mit einer vertiefenden historischen Erkundung von Munitionsversenkungen inner- und außerhalb der Flensburger Förde beauftragt werden. Insbesondere sollten hierbei auch Flensburger Hafengebäudebücher und die Schiffstagebücher der Versenkungsschiffe gesucht und eingesehen werden, um genauere Informationen über den zeitlichen Ablauf und die Örtlichkeiten der

Giftgasversenkung in Erfahrung zu bringen. Ungeklärt ist auch, wieso dänische Behörden wiederholt betont haben, dass dort nicht 5000, sondern 11.400 Tonnen Gasmunition versenkt worden seien. Dringend notwendig ist ferner eine Munitionssuche inner- und außerhalb der Flensburger Förde mit Bergung und nachfolgender munitionstechnischer Begutachtung von Projektilen.

Ziel muss es sein, sowohl eine fachlich einwandfreie Risikoanalyse als auch ein Sicherungs- und Sanierungskonzept für Rüstungsaltslasten inner- und außerhalb der Flensburger Förde zu erstellen. Insbesondere sollte aus Sicherheitsgründen der freie Zugriff auf die dort im Flachwasser noch lagernden unzähligen Chemiewaffen strikt unterbunden werden.

Mit diesem Vorschlagskatalog ist das Thema »Giftgas vor den deutschen Küsten« jedoch lange noch nicht abgeschlossen. In vielen deutschen Häfen wurde Giftgas zur Versenkung auf Schiffe verladen – und bis heute ist deren Verbleib oft ungeklärt. ◀

ANMERKUNGEN:

* Kontakt per E-Mail: stefan-nehring@web.de

1. Arbeitsgemeinschaft »Rüstungsaltslasten im Meer«: Ökotoxikologisches Gefahrenpotential durch sprengstofftypische Verbindungen und Tabun aus Munitionsaltslasten in der schleswig-holsteinischen Nord- und Ostsee; Gehrden, 2011; siehe auch WATERKANT, Jg. 26, Heft 4 (Dezember 2011), Seite 23 ff.
2. siehe auch WATERKANT, Jg. 23, Heft 4 (Dezember 2008), Seite 9 ff.
3. siehe auch WATERKANT, Jg. 25, Heft 1 (März 2010), Seite 20 ff.
4. Jäckel, Kurt: Untersuchungsbericht über die Versenkung von Munitionsbeständen (Kampfstoffmunition) der deutschen Wehrmacht nach dem 2. Weltkrieg; Hamburg, 1969.
5. Expertengruppe »Kampfstoffmunition südl. des Kleinen Belts«: Ergänzender Bericht über die Untersuchung der im Jahr 1945 südlich des Kleinen Belts versenkten Kampfstoffmunition mit Zusammenfassung und Schlussfolgerungen; Kiel, 1973.
6. Wehrwissenschaftliche Dienststelle der Bundeswehr für ABC-Schutz: Gutachtliche Stellungnahme über den Abbau chemischer Kampfstoffe unter den Bedingungen des Seewassers (Ostsee); Munster, 1980.